77. Jahrgang. Nr. 8 — Donnerstag, 5. Januar 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Verlag. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 900 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Dietrich & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Reichstagssitzung erst am 24. Januar

Der Aeltestenrat lehnt frühere Einberufung ab

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Jan. Der Aeltestenrat des Reichstags hat am Mittwochnachmittag beschlossen, den Reichstag für Dienstag, den 24. Januar, einzuberufen. Ueber die Tagesordnung soll eine neue Aeltestenratssitzung am 20. Januar entscheiden.

Die Sitzung des Aeltestenrates war nur von kurzer Dauer. Sie hat insofern doch etwas überrascht, als der Beginn der Vollsitzungen des Parlaments noch um eine volle Woche über den ursprünglichen Termin des 17. Januar hinaus verschoben wurde. In politischen Kreisen wird dies als ein zweifelloser Erfolg der Regierungstaktik angesehen, und von der Regierung nahestehenden Persönlichkeiten kann man sogar hören,

daß eine Verschiebung des Zusammentritts über den 24. Januar hinaus durchaus denkbar ist.

Ob es dazu kommt, bleibt freilich zunächst abzuwarten. Interessant ist nun, daß die Parteien, die bisher nach ihren eigenen Beteuerungen die Reichstagseinberufung kaum abwarten konnten, Sozialdemokraten und Kommunisten, in dem Augenblick, wo die Gefahr der Reichstagsauflösung in nächste Nähe rückte, plötzlich kein Verlangen mehr nach Plenarsitzungen und Beratungen ihrer Mißtrauens- und sonstigen Anträge haben. Wäre es diesen Parteien Ernst gewesen mit ihrer „grundsätzlichen Opposition", so hätten sie wohl kaum mit der Begründung, daß die Reichstagsausschüsse Zeit für ihre Arbeiten brauchten, dem eine Brücke zur Vertagung bauenden Zentrumsantrag zugestimmt. Ganz unverkennbar ist auch das Bestreben vorhanden,

den Ausgang der am 15. Januar stattfindenden Landtagswahlen in Lippe abzuwarten,

um zu sehen, welche Fingerzeige sich daraus für die politische Lage ergeben könnten. Die Nationalsozialisten haben sich in den Aeltestenratsabstimmungen abwartend verhalten. Sie haben dem Vertagungsantrag weder zugestimmt noch ihn abgelehnt, sondern haben sich der Stimme enthalten, nachdem ihr Vorschlag, die Entscheidung über die Einberufung des Plenums dem Reichstagspräsidenten zu übergeben, wie sich der Aufmarsch der Parteien im neuen Jahre selbst ergibt sich das Gute, daß die bedeutungsvollen außenpolitischen Entscheidungen, die in Genf in diesem Monat ihren Anfang nehmen, nicht sofort im Zeichen eines neuen Wahlkampfes stehen.

•

Ueber den Verlauf der Sitzung ist ergänzend zu berichten, daß die Kommunisten die Einberufung des Reichstages schon für den 9. Januar zur Beratung der vom Haushaltausschuß gefaßten Beschlüsse beantragten. Die Sozialdemokraten waren gleichfalls für ein rasches Zusammentreten des Reichstages und hatten als Termin den 10. Januar vorgeschlagen. Dem wurde jedoch entgegengehalten, daß man den Reichstagsausschüssen noch Zeit zur Fortsetzung ihrer Arbeiten lassen müsse und das Plenum erst für einen späteren Termin einberufen möchte. Schließlich schlug Abg. Dr. Bell den 24. Januar vor. Sein Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten angenommen. Der Vertreter der nationalsozialistischen Fraktion hatte beantragt, den Termin für die nächste Sitzung der Entscheidung des Präsidenten Göring zu überlassen. Er hatte sich darauf berufen, daß der Präsident vom Plenum bereits ermächtigt worden sei, die nächste Sitzung mit Zustimmung des Aeltestenrates festzusetzen.

Für die Tagesordnung beantragte Abg. Dr. Fabricius (Natloz.), die

Mißtrauensanträge schon in der nächsten Reichstagssitzung zur Abstimmung zu bringen.

Durch Rückfragen der Abgg. Löbe (Soz.) und Leicht (Bayr. Vp.) wurde klargestellt, daß die Nationalsozialisten dadurch nicht etwa eine Regierungserklärung verhindern wollten, sondern daß sie einen Abstimmungsantrag über ihren Mißtrauensantrag im Anschluß an die Regierungserklärung oder eine politische Debatte wünschten. Es wurde schließlich festgelegt, daß über die Tagesordnung erst in einer neuen Aeltestenratssitzung am 20. Januar entschieden werden soll.

Der Dampfer „Atlantique" verloren

Man rechnet mit 30 Toten

Paris, 4. Jan. Der französische Südatlantikdampfer „Atlantique" kann nunmehr als verloren gelten. Fünf Flugzeuge, die das Schiff in den Nachmittagsstunden überflogen, haben festgestellt, daß es ein einziges Flammenmeer bildet und unmöglich gerettet werden kann. Die Hilfsschiffe, die von Cherbourg ausgelaufen waren, konnten überhaupt nicht eingreifen, da es ihnen nicht möglich war, nahe genug an das brennende Schiff heranzufahren, um ihre Wasserrohre in Tätigkeit zu setzen.

Modernste Löschgeräte an Bord

An zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Besatzung das Schiff nicht eher verlassen hat, bis alle Möglichkeiten einer wirksamen Bekämpfung des Feuers sich als nutzlos erwiesen. Die Tatsache, daß die Bordmittel nicht genügten, sei lediglich ein Beweis dafür, mit welcher Geschwindigkeit das Feuer um sich gegriffen habe.

Die „Atlantique" sei mit den allermodernsten Löscheinrichtungen ausgerüstet gewesen

Außer 13 sogenannten eisernen Vorhängen sowie einer Reihe feuerdichter Schotten sei das Schiff für die Bekämpfung des Feuers mit Wasser, Sand und Schaum ausgerüstet gewesen.

20 bis 30 Vermißte

Ueber die Zahl der Mitglieder der Besatzung, die sich an Bord des Dampfers „Atlantique" im Augenblick des Ausbruchs des Brandes befunden hat, liegen zuverlässige Nachrichten noch immer nicht vor. In Schiffahrtskreisen in Cherbourg ist, wie Havas berichtet, das Gerücht im Umlauf, daß etwa 20 bis 30 Personen vermißt werden, mit deren Tod gerechnet werden muß. Die Liste der an Bord befindlichen Personen soll immer noch nicht endgültig festgestellt worden sein, so daß die bisherigen Angaben über die Stärke der Besatzung mit Vorbehalt aufgenommen werden müssen.

Bestürzung in französischen Schiffahrtskreisen

Der Schaden, den die französische Handelsflotte durch den Verlust der „Atlantique" erleidet, ist unermeßlich.

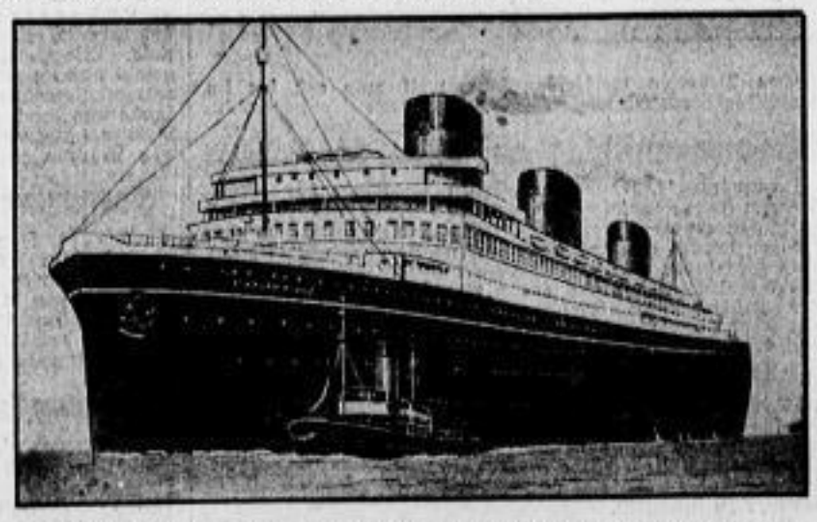
Man ist sich an zuständiger Stelle vollkommen im klaren darüber, daß das Ende der „Atlantique" nach dem Brande der „André Lebon" im Hafen von Marseille und der furchtbaren Katastrophe der „Georges Philippar" im Golf von Aden das Ansehen der französischen Handelsmarine auf Jahre hinaus geschädigt hat.

Man vermutet einen Anschlag

Im Marineministerium ist in den Nachmittagsstunden des Mittwochs bereits ein Ausschuß von Sachverständigen zusammengetreten, um die Brandkatastrophe der „Atlantique" im Rahmen der beiden letzten ähnlichen Unglücksfälle einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Man hat dabei angeblich besonderen Wert auf die Feststellung gelegt,

daß bei allen drei Bränden gewisse übereinstimmende Anzeichen vorhanden sind,

denen näher nachgegangen werden soll. Ein Sonderausschuß wird sich voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Mittwochs nach Cherbourg begeben, um die gerettete Besatzung der „Atlantique" eingehend zu vernehmen.



Erschütternder Anblick vom Flugzeug

Ein Vertreter des „Evening Standard" schildert in seinem Blatt, wie er die brennende „Atlantique" mit einem Flugzeug überflogen hat. Es sei ein erschütternder Anblick gewesen, wie das Schiff, von Flammen und Rauch eingehüllt, um 15 Grad geneigt, hilflos dahintreibe.

(Fortsetzung siehe Seite 2, dritte Spalte)

Wehrhafter Staatsdienst

Es ist zweifellos eines der ernstesten Probleme der Gegenwart, daß Jugend und Staat sich in den letzten Jahren nicht nur nicht fanden, sondern immer mehr entfremdet haben, obwohl es seit dem Umsturz eigentlich noch keine Regierung gegeben hat, die nicht „Maßnahmen zugunsten der Jugend" in ihr Programm aufgenommen hätte. Die Linke, die bis vor einem halben Jahre das Reich und die meisten Länder beherrschte, hat sich diese Erscheinung auf ihre Art zu erklären versucht. Sie meint, daß daran einzig und allein die Arbeitslosigkeit der Jugend schuld sei und daß man nicht erstaunt sein dürfe, daß eine Jugend ohne Arbeit und ohne Unterstützung nicht gerade die beste Jugend sei. Weniger macht man für die radikale, dem Staat auflässige Haltung der Jugend dabei die Arbeitslosigkeit verantwortlich, als vielmehr die Streichung der Unterstützung für alle Jugendlichen, die bei den Eltern wohnen und deren Vater noch verdient, eine Maßnahme, die bekanntlich unter Brüning erfolgte. Man spricht davon, daß der Jugend die „wohlerworbenen Unterstützungsrechte" genommen worden seien, und man sie so in die „zweite Klasse der Bürger" versetzt habe. Diese Auffassung ist des marxistischen Lehrdogmas, daß alle nationalen und sozialen Probleme letzten Endes auf der Magenfrage beruhen und durch bessere materielle Versorgung zu regeln seien, durchaus würdig. Sie mag für den Teil der Jugend zutreffend sein, dem die Sozialdemokratie nachtrauert, weil er ihr zur kommunistischen Partei davongelaufen ist. Bestimmt aber gilt er nicht einmal für den sehr ansehnlichen Teil der Jugend, dessen Eltern in den politischen Anschauungen der Linksparteien leben und der sich trotz dieser Umwelt heute leidenschaftlich zur nationalen Weltanschauung bekennt. Und standen die Jugendlichen, die heute noch Brot und Arbeit haben, dem Staate von Weimar freundlicher gegenüber? Keineswegs, auch diese glücklichere Jugend verhält sich in ihrer Mehrheit genau so ablehnend, wie ihre arbeitslosen Kameraden. In Wirklichkeit hat der nach außen unfreie, im Inneren von Parteienstreit zerrissene Staat von Weimar auf die heranwachsende Jugend keine Anziehungskraft auszuüben vermocht. Staatsbürgerliche Belehrungen und die Ueberreichung der Reichsverfassung bei der Schulentlassung allein konnten die Herzen der Jugend nicht gewinnen. Erst recht hat der Streit des politischen Alltags der Jugend die Möglichkeit genommen, zu erleben, was der Staat im eigentlichen Sinne sei. Die Versuche, die Jugend amtlicherseits politisch zu beeinflussen, mußten angesichts der kritischen Einstellung der Jugend erst recht die entgegengesetzte Wirkung haben. So ist es nicht zu verwundern, daß sich die Jugend politisch anders entschied, als die Weimarer Parteien erwartet haben.

Dabei haben gerade die regsten und wertvollsten Teile der deutschen Jugend mit heißer Sehnsucht den Weg zu Volk und Staat gesucht. Davon zeugt das mächtige Anwachsen der politischen, kulturellen und Wehrbünde, in die die Jugend strömte, um sich dort die staatspolitische Erziehung zu verschaffen, die der im Parteienstreit befangene Staat ihr nicht gewähren konnte. Von diesen Organisationen der Jugend wurden dann die ersten Arbeitslager und der freiwillige Arbeitsdienst geschaffen, der den Beschäftigungslosen nicht nur Arbeit gegeben hatte, sondern der eine neue Quelle der Volksbildung wurde und Ordnungen schuf, in denen Menschen ganz verschiedener Herkunft und Abstammung sich zum verantwortungsvollen Dienst an einem gemeinsamen Werk für die Volksgemeinschaft einen konnten. Auch hier hat es die Jugend bitter empfunden, mit welch ungeheurer Verständnislosigkeit, ja Feindseligkeit die damals noch den Staat beherrschenden Linksparteien dem Arbeitsdienstgedanken gegenüberstanden, obwohl dieses Werk wie kein zweites in der Lage war, die Sehnsucht der Jugend, den Weg zum Dienst am Staate zu finden, zu erfüllen. Aber auch dieser Gedanke, aus der nationalen Weltanschauung erwachsen, hat sich schließlich, allen Widerständen zum Trotz, durchgesetzt. Er hat nicht nur gegenwärtig 800 000 jugendlichen Erwerbslosen eine Tätigkeit und Nahrung verschafft, er hat vor allem in diesen Menschen den Staats- und Volksgedanken zu einem lebendigen Erlebnis gestaltet und die überlegene Macht und Ordnung des Staates wieder ins Bewußtsein der Jugend eingegraben. Vor allem wurde die Sehnsucht der Jugend, die früher in vorbildlichster Weise die allgemeine Wehrpflicht erfüllte, wenigstens teilweise gestillt, sich im Dienste des Staates für ihre Lebensaufgaben vorzubereiten und sich in Zucht- und Opfersinn in die Staats- und Volksgemeinschaft einzugliedern. Für die Notwendigkeit des Arbeitsdienstes spricht nichts mehr als die Tatsache, daß die Organisationen der Linken, dem Drucke ihrer jugendlichen Mitglieder folgend, schließlich gezwungen wurden, auch ihrerseits Arbeitslager zu organisieren. Leider ist der Umfang des freiwilligen Arbeitsdienstes noch immer nicht groß genug, um die Jugend in ihrer Gesamtheit zu erfassen, weil dies angeblich die finanziellen Möglichkeiten übersteigt.

Um aber einem möglichst großen Teil der Jugend die moralischen Vorzüge des Arbeitsdienstes zuteil werden zu lassen, hat das Reich bereits unter der Regierung Papen das Reichskuratorium für die Jugenderziehung